74. Jahrgang. Nr. 86 — Donnerstag, 20. Februar 1930

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 16. bis 28. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Moldenhauer geht vor

## Ausarbeitung einer Deckungsvorlage ohne Zutun der Parteivertreter

### Verhandlungsstillstand

**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung**

**Berlin, 19. Februar. Die seit einiger Zeit zwischen der Regierung und den Regierungsparteien geführten Finanzverhandlungen sind nun heute, nachdem sich schon in den letzten Tagen immer deutlicher gezeigt hatte, daß die Verständigungsmöglichkeiten nur gering waren, zum völligen Stillstand gekommen.** Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gab zwar heute nachmittag in mehrstündiger Besprechung den Parteien nochmals die Möglichkeit, sich auf eine gemeinsame Formel mit der Regierung zu einigen. Aber diese Möglichkeit mußte ungenutzt bleiben, da eben die Wünsche von Regierung und Parteien auf keinen Generalnenner zu bringen waren. Man steht jetzt — um einen Ausdruck zu gebrauchen, der in Regierungskreisen zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage geprägt wurde —

**vor einer „dunklen Situation".**

Gewiß ist lediglich, daß nun die Regierung bzw. der Reichsfinanzminister die Führung in die Hand nehmen werden. Dr. Moldenhauer hat heute den Parteivertretern zu verstehen gegeben, daß er nach dem ergebnislosen Verlauf der bisherigen Besprechungen gezwungen sei, von sich aus vorzugehen. Der Reichsfinanzminister wird deshalb eine sogenannte Deckungsvorlage ausarbeiten, eine Vorlage, die die zur Deckung des Etatdefizits notwendigen Summen, sowie die Wege, auf denen sie beschafft werden sollen, festsetzt. Diese Vorlage wird nach der Fertigstellung im Reichsfinanzministerium dem Gesamtkabinett zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß diese Deckungsvorlage dem Kabinett bereits Mitte der nächsten Woche vorliegen wird.

Welche Gestalt der Reichsfinanzminister dieser Vorlage im einzelnen geben wird, steht im Augenblick noch nicht ganz fest. Man wird aber wohl annehmen können, daß er soweit als nur möglich die ihm ja schon hinreichend bekannten Meinungen der Regierungsparteien berücksichtigen wird. Aber selbst wenn das in recht weitgehendem Maße erfolgt, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß nun etwa alle Differenzen beseitigt sind. Die Bayrische Volkspartei hat erst heute wieder ihre Gegnerschaft gegen den Plan einer Biersteuererhöhung zum Ausdruck gebracht. Ob sich, wenn die Deckungsvorlage die Biersteuer bringt, die Antipathie gegen diese Steuerart in Sympathie wandelt, wird man wohl als eine große Frage ansehen müssen, selbst wenn man in Kreisen, die bestrebt sind, die Oeffentlichkeit nicht allzusehr merken zu lassen, wie gering eigentlich die Gemeinsamkeiten der gegenwärtigen Regierungsparteien sind, davon spricht, daß ja

**jetzt erst die „Klärung des Vorgeländes" erfolgt sei.**

Die Tatsache, daß sich die Regierung und die sie stützen sollenden Parteien in den jetzt behandelten Finanzfragen so ziemlich auseinandermanövriert haben, läßt sich nicht leugnen. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß die Schuld dafür die Parteien trifft, die immer wieder einfach undiskutable Vorschläge aufs Tapet brachten.

**Reichsfinanzminister Moldenhauer selbst hat getan, was er nur tun konnte, um den Zusammenhalt zwischen der Regierung und den Parteien zu wahren.**

Aber wenn von der Sozialdemokratie immer wieder ein „Notopfer" gefordert wurde, eine Sonderbesteuerung der über eine gewisse Grenze hinausgehenden Einkommenstufen der Festbesoldeten, so war damit für den Reichsfinanzminister die Grenze des Entgegenkommens gezogen. Mit Recht konnte Dr. Moldenhauer darauf verweisen, daß ein solches Notopfer entweder als eine Erhöhung der Einkommensteuer oder aber als eine Kürzung der Gehälter der Beamten und Angestellten betrachtet werden müsse. Dr. Moldenhauer konnte überdies noch darauf verweisen, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer ja

**im direkten Gegensatz zum Finanzreformprogramm**

steht, das die Parteien im Dezember v. J. beschlossen hatten und in dem sie sich ausdrücklich darauf festlegten, daß neue direkte Steuern keinesfalls erhoben werden sollten, sondern daß vielmehr eine Entlastung von direkten Steuern vorgenommen werden solle. Bei der Ablehnung des Gedankens eines derartigen Notopfers schlossen sich auch die bürgerlichen Parteien der Auffassung des Reichsfinanzministers an. Darüber, ob man

**die sogenannte große oder die sogenannte kleine Deckung**

für die Beseitigung des Etatsdefizits wählen kann, waren heute die Meinungen ebenfalls noch geteilt. Der Gedanke einer Erhöhung der Umsatzsteuer fand heute keinerlei Befürwortung mehr.

Die Parteien werden sich, sobald das Kabinett die vom Reichsfinanzministerium aufzustellende Deckungsvorlage verabschiedet hat, mit der Frage zu befassen haben, ob sie diese Vorlage akzeptieren wollen oder nicht. Erst nach Verabschiedung dieser Vorlage durch das Kabinett wird sich auch zeigen, ob sich der Reichsfinanzminister dann auf erneute Finanzverhandlungen hin mit den Parteien einlassen wird oder nicht, oder ob er sie von Anfang an vor die Entscheidung stellt, die Vorlage entweder anzunehmen oder abzulehnen

**Ueber Einzelfragen der verschiedenen Etats wird jedoch zwischen den Regierungsparteien weiterverhandelt werden.**

Das Reichskabinett selbst hält am Donnerstag eine Sitzung ab, in der der Gesamtetat natürlich mit Ausnahme der ja erst aufzustellenden Deckungsvorlage verabschiedet werden soll. Weitergehen werden auch die Verhandlungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Die nächste Besprechung darüber mit den Parteivertretern werden der Reichsfinanz- und der Reichsarbeitsminister morgen haben. Viel Aussichten dafür, daß man in dieser Frage zu einer Einigung kommt, bestehen allerdings auch nicht. Inwieweit es bei der ganzen Sachlage überhaupt möglich sein wird, der bekannten Forderung des Zentrums zu entsprechen, daß die

**finanzpolitischen Fragen vor der Erledigung der Younggesetze**

im Reichstag geregelt sein müssen, ist zur Zeit auch noch völlig ungeklärt. Ob das Zentrum, wenn dieser seiner Forderung nicht entsprochen werden kann, irgendwelche Folgerungen ziehen wird, ist jedenfalls eine zur Zeit noch gänzlich unzeklärte Frage. Man befindet sich eben, wie das so schöne und so treffende Wort heißt, mitten in einer „dunklen Situation".

# Zwischenfälle im Tributausschuß

## Erregte Auseinandersetzung zwischen Wirth und Freytagh-Loringhoven

**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung**

**Berlin, 19. Febr.** Nach dem Schluß der heutigen Vormittagssitzung der Youngplanausschüsse des Reichstags kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, und dem deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn v. Freytagh-Loringhoven. Am Schluß der Vormittagsdebatte hatte der deutschnationale Abg. Quaatz sich darüber beschwert, daß die

**Berichte aus den vertraulichen Sitzungen Unrichtigkeiten**

enthielten und der Oeffentlichkeit ein ganz falsches Bild von den Belastungen, die der neue Plan bringe, geben. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, erwiderte darauf, daß auch Blätter, die der Rechten nahestehen, wie

**die „Deutsche Zeitung",**

sich Indiskretionen leisteten. Von deutschnationaler Seite wurde das ziemlich energisch bestritten.

Trotzdem setzte aber Dr. Wirth in sehr erregter Form seine Vorwürfe gegen die Deutschnationalen und die Rechtspresse fort und beklagte sich namentlich darüber, daß in den Berichten der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschuß sei ihm zugerufen worden,

**er benehme sich wie ein Primaner.**

Der Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven bemerkte schließlich, als sich Dr. Wirth gar nicht mäßigen konnte, daß dieser Vergleich angesichts des augenblicklichen Benehmens des Ministers noch viel zu höflich sei. Auf diese Worte hin stürzte Dr. Wirth auf den deutschnationalen Abgeordneten mit den Worten zu:

**„Sie wollen ein Universitätsprofessor sein?**
**Pfui, schämen Sie sich!"**

Abg. v. Freytagh-Loringhoven, der vollkommen ruhig blieb, erwiderte dem Minister darauf:

**„Lernen Sie erst Manieren, bevor Sie sich erlauben, mit mir zu sprechen!"**

und kehrte dem Minister den Rücken. Nach Angaben von Ausschußmitgliedern soll Dr. Wirth sogar Miene gezeigt haben, gegen den deutschnationalen Abgeordneten tätlich vorzugehen. Nur dadurch, daß sich sofort einige Abgeordnete zwischen ihn und den bedrohten Abgeordneten v. Freytagh-Loringhoven stellten, seien tätliche Ausschreitungen von seiten des Reichsministers Dr. Wirth vermieden worden. Die Ausschußmitglieder trennten sich in lebhafter Erregung. Auch in den Reihen der Dr. Wirth nahestehenden Parteien fand dieser Zwischenfall eine

**für Dr. Wirth überwiegend ungünstige Beurteilung.**

Der Mangel an Selbstbeherrschung, den Dr. Wirth immer verrät, wenn er sich in seiner Eitelkeit getroffen fühlt, wurde allgemein peinlich empfunden. In diesem Falle trat er angesichts der überlegenen Ruhe seines Gegners v. Freytagh-Loringhoven besonders grell zutage.

Ab morgen sind die Beratungen der Youngplanausschüsse vertraulich. Man wird über die Sanktionsformel diskutieren. Die Deutschnationalen haben einen Antrag eingebracht, durch den die Reichsregierung ersucht wird, auf diplomatischem Wege eine unzweideutige Feststellung darüber zu treffen, ob der französische Ministerpräsident Tardieu tatsächlich, wie „Echo de Paris" vom 5. Februar meldete, auf einer Parteiführerbesprechung am 4. Februar erklärt hat, daß Frankreich auf Grund des Youngplanes gegebenenfalls berechtigt sei, deutsche Häfen und Bergwerke zu beschlagnahmen und das Rheinland wieder zu besetzen, ohne daß die deutsche Regierung berechtigt sei, dagegen Einspruch zu erheben. Man darf gespannt sein, ob die Reichsregierung diesem Antrag entspricht.

# Deutschlands Wirtschaftskatastrophe

**Von Syndikus Karl Vogel, Coßmannsdorf**

Deutschland erlebt die zweite Periode der nachrevolutionären Zusammenbrüche. Nach dem Zusammenbruch der Währung folgt der Zusammenbruch seiner Volkswirtschaft. Es ist Unsinn, mit einem leichtfertigen Optimismus über die wahre Natur dessen hinwegzugehen, was um uns vorgeht. Deutschland kann seinen Menschen keine Arbeit geben und wird es auch weiterhin nicht können. Aus vielen Reden und Schriften aber gewinnt man den Eindruck, als sei die heutige Wirtschaftslage als Konjunktur anzusprechen. Das ist falsch. Konjunkturell stehen wir gar nicht so schlecht — das beweist zu einem Teile der kleine Aktivüberschuß der Handelsbilanz. Was sich heute um uns herum vollzieht, ist die ganz klare Folge eines Systems, das bewußt den Zusammenbruch der Wirtschaft will und von leichtfertigen Optimisten gehalten und gestützt wird.

Jeder Mensch erstrebt mit seiner Lebensarbeit die möglichst weitgehende Sicherung seines Daseins und das seiner Familie. Aus der Individualwirtschaft des vergangenen Jahrhunderts ersehen wir, daß es vielen möglich war, sich durch gesicherte Lebensarbeit im Laufe ihres Daseins so viel zurückzulegen, daß auch das Alter gesichert schien. Dadurch, daß man seinen Kindern ein Vermögen hinterließ, dadurch, daß man ihnen durch Schulbildung ein gewisses geistiges Besitztum sicherte, glaubte man die nötigen Garantien für eine zukünftige Entwicklung gegeben zu haben. Im manchesterlichen Kapitalismus sehen wir zum ersten Male, daß die Schicht der Industriearbeiter dieser Sicherungen entbehrt. Deshalb wurde durch die soziale Gesetzgebung des Kaiserreiches eine weitere Sicherung, und zwar die des Staates bereitgestellt. Wer die sozialen Botschaften liest, erkennt genau, welchen Zweck die Einführung der sozialen Versicherungen gehabt hat. Dabei kann man aus hinterlassenen Aeußerungen des großen Kanzlers feststellen, daß er die Gefahr einer rein staatlichen sozialen Versicherung sehr scharf erkannte und bereits damals eine Entwicklung voraussah, die wir heute als vernichtende Auswirkung der ganzen sozialen Einstellung der Gesetzgebung erkennen müssen.

Durch die manchesterliche Entwicklung entstand das industrielle Proletariat und der Marxismus nahm sich seiner an. Er verheißt ihm Erlösung noch im Diesseits, verspricht eine neue Gesellschaftsordnung und eine Wirtschaftsordnung, die die Unsicherheiten der Lebenslage beseitigen sollen. Er gibt an, sich der Ausgebeuteten anzunehmen und begeht dabei den großen Fehler, daß er Kapitalismus als „Weltanschauung" verwechselt mit dem „kapitalistischen System der Volkswirtschaft". Er setzt Unternehmer und Kapitalist gleich und sucht nun mit allen Mitteln ohne jede Hemmung den Staat und das Volk zugunsten des Proletariats auszubeuten. An Stelle des Ausbeutungssystems des Kapitalismus, das er zu bekämpfen vorgibt, setzt er das Ausbeutungssystem gegenüber dem Staate zugunsten seiner Anhänger. Seitdem der Marxismus, sei es unmittelbar dort, wo er die Mehrheit hat, sei es mittelbar dort, wo er sich der Unterstützung der bürgerlichen Koalitionsparteien bedient, die Regierung und Verwaltung an sich gerissen hat, zeigt die Entwicklung ganz deutlich die Ausbeutung des Volkes und insbesondere seiner Wirtschaft zugunsten des sogenannten Proletariats.

Gewiß erscheint es notwendig, nach so furchtbarem Schicksal, wie wir es erlebten, für viele Menschen Sicherungen einzuschalten, die die Gesamtheit zugunsten des einzelnen schwachen Gliedes tragen und übernehmen muß. Aber immer ist eine solche Sicherung nur möglich, wenn es gelingt, die Wirtschaft zu erhalten und ihre Entwicklung in stetigem Aufstieg zu fördern. Die Sicherung durch den Staat ist nur möglich, wenn der Staat selbst, also mit ihm die Gesamtheit der Nation, gesichert ist. Der Zusammenbruch der Wirtschaft geht aber parallel mit dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen. Der Fehler liegt daran, daß der Marxismus den Staat gleich Partei setzte und lediglich für die Sicherung der sogenannten arbeitenden Schicht sorgte. Indem er aber den Staat zugunsten einer Klasse ausbeutete, zerstörte dieses System die Lebensgrundlage des ganzen Volkes und damit die der marxistischen Kostgänger mit. Was wir heute sehen, ist nicht die Diktatur des Proletariats, wohl aber die Alleinherrschaft des Proletariats über Staat, Wirtschaft und Volk. Getragen wird diese Alleinherrschaft vom Ausbeutungsgedanken des Marxismus, und die Gelehrten mögen sich darüber streiten, welche Ausbeutung unsittlicher und verheerender ist: die des Manchestertums oder die des Marxismus von heute. Jenes hatte wenigstens eine Prosperität der Wirtschaft im Auge, dieser aber zerstört auch die letzte Lebensgrundlage eines ganzen großen und fleißigen Volkes.

An unendlich vielen Beispielen läßt sich das beweisen. Nicht nur zugunsten einer Klasse, auch zugunsten des lebenden Geschlechtes, auf Kosten zukünftiger Generationen sucht der Marxismus zu leben. Das beweist die Art und Weise, wie man glaubt die Befreiung des Rheinlandes durch die finanzielle Versklavung des kommenden Geschlechtes zu erkaufen. Die letzte Rede des Reichsaußenministers zum Haager Pakt zeigt den Tiefstand dieser Anschauung. Aber in unserer ganzen Finanzpolitik, vor allem auch in den Gemeinden, lassen sich tausende Beispiele finden, wie man alle Warnungen seit Jahren in den Wind schlägt. Man gehe durch das deutsche Land, von Ostpreußen nach Karlsruhe, und stelle fest, wieviel man bereits verzehrt hat auf Kosten der kommenden Generation. Darin